

## Bezirkshauptmannschaft Mattersburg

BH Mattersburg, Marktgasse 2, 7210 Mattersburg

«Postalische\_Adresse»

Mattersburg, am 17.11.2025

Sachb.: OAR Alfred Franschitz Tel.: +43 57 600-4352

Fax: +43 57 600-4377

E-Mail: <a href="mailto:bh.mattersburg@bgld.gv.at">bh.mattersburg@bgld.gv.at</a>

Zahl: 2025-012.040-1/9

OE: BHMA-UA

(Bei Antwortschreiben bitte Zahl und OE anführen)

Betreff: GANSCH Josef, Errichtung einer Anlage zur Erdwärmenutzung (Tiefenbohrung),

Gst. Nr. 2189/17, KG Neudörfl

## Kundmachung

Mit Eingabe vom 14.05.2025 hat Herr Josef Gansch bei der Bezirkshauptmannschaft Mattersburg unter Vorlage von Einreichunterlagen um Erteilung der wasserrechtlichen Bewilligung für die Anlage zur Erdwärmenutzung (EWS) auf dem Gst. Nr. 2189/17 der Katastralgemeinde Neudörfl angesucht.

Mit Verbesserungsauftrag vom 22.09.2025 wurde dem Bewilligungswerber aufgetragen, dass die Übermittlung von Planunterlagen von einem befugten Planverfasser zu erstellen sind.

Diese wurden mit Eingabe vom 31.10.2025 der Bezirkshauptmannschaft Mattersburg übermittelt, weshalb hiermit gemäß §§ 10, 11 – 14, 98 und 107 Wasserrechtsgesetz 1959 i.d.g.F. eine kommissionelle Erhebung und Verhandlung für

## Mittwoch, den 03.12.2025, um 13.30 Uhr

mit dem Zusammentritt der Kommissionsteilnehmer beim **Gemeindeamt Neudörfl, Rathausplatz, 7201 Neudörfl,** anberaumt wird.

Verhandlungsleiter: OAR Alfred Franschitz

Die Entwurfsunterlagen liegen bis zum Verhandlungsvortrage bei der Bezirkshauptmannschaft Mattersburg in 7210 Mattersburg, Marktgasse 2, 1. Stock, Zimmer 106, und im Gemeindeamt Neudörfl während der für den Parteienverkehr bestimmten Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

## Für die Verhandlung ist folgendes zu beachten:

Gemäß § 42 Abs. 1 AVG 1991 geht die Stellung als Partei verloren, soweit nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde (Bezirkshauptmannschaft Mattersburg) oder bei der Verhandlung selbst Einwendungen erhoben werden.

Gemäß § 42 Abs. 3 AVG 1991 kann eine Person, die glaubhaft mach, dass sie durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert war, rechtzeitig Einwendungen zu erheben, und die kein Verschulden oder nur ein minderer Grad des Versehens trifft, binnen zwei Wochen nach Wegfall des Hindernisses, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache bei der Behörde Einwendungen erheben. Solche Einwendungen gelten als rechtzeitig erhoben, und sind von jener Behörde zu berücksichtigen, bei der das Verfahren anhängig ist.

Gemäß § 10 Abs. 4 AVG 1991 haben sich die Vertreter der Partei bzw. Beteiligten mit einer schriftlichen Vollmacht auszuweisen. Von einer Vollmacht kann abgesehen werden, wenn es sich um amtsbekannte Familienmitglieder, Haushaltsangehörige, Angestellte oder amtsbekannte Funktionäre von beruflichen oder anderen Organisationen handelt und über Bestand und Umfang der Vertretungsbefugnis keine Zweifel bestehen (§ 10 Abs. 4 AVG 1991). Parteien, die nichts vorzubringen haben, brauchen zur Verhandlung nicht zu erscheinen.

Für den Bezirkshauptmann: Alexander Lang